Was tun gegen den Radwegbenutzungszwang?

- Kommunale Entscheider (z.B. Magistrat)
  - ➔ Verweis auf umgesetzte Beispiele (z.B. Dieburger Str., Darmstadt)
  - Beschilderung bereits bei Beschluss der Entwurfsplanung im Ausschuss einfordern.
  - Kommunikation mit
    - Straßenverkehrsbehörde
    - Politik
    - Öffentlichkeit / Stadtschmied
  - Kommunaler Arbeitskreis Rad, der vor Beschlussfassung Stellung bezieht.
  - Vor-Ort-Termine mit Politik / Bürgern / Strassenverkehrsbehörden
    - Ideen finden
- Medien
  - Info: Beispiele aus Ausland
    - NL
    - AT
    - CH
    - BE
  - Aufklärung / Begründungen kommunizieren
  - Autofahrer sensibilisieren
    - Nachschulungen
  - Radfahrer sensibilisieren
    - Was ist Radwegebenutzungspflicht?
- Behörden
  - Aufklärung / Fortbildung für Strassenverkehrsbehörden
  - Fortbildungspflicht bei den Zuständigen
    - spezifische Kenntnisse
  - Aufklärung von Planern und Entscheidern zur Radwegebenutzungspflicht
    - Veranstaltungen Fahrradakademie
    - Fachveranstaltung
    - Polizeischulen
  - Bereitstellung von Verkehrsmengen-Daten für Bürger
  - Artikelserie in der Lokalzeitung
  - Vollzug der StVO aussetzen
- Externe Experten
  - Einordnung des Bestands durch externe / neutrale Experten
  - Konzeptionelle Planungen anregen (Verkehrskonzepte)
  - Mindestbreiten prüfen
- Verbände
  - welche?
    - FUSS e.V.
    - ADFC
    - VCD
    - etc.
  - Fragebogenaktion
    - Onlinekarten / Onlinefeedback
  - Bilder über Verwaltungshandeln ins Internet stellen
  - "halblegale" Aktionen mit der Lokalpresse und dem Lokalfernsehen
  - Fachliche Interpretation im Sinne der Radwegbenutzungspflicht auf die Spitze treiben
    - Fahrbahnbegleitung?
    - Sicherheit
    - kein Winterdienst
  - **Negativpreis**
  - Öffentlichkeitsarbeit
    - Informationen bei Veranstaltungen, über Flyer etc. auch in Kommunen
  - Musterschreiben für Kläger anbieten
  - Infobroschüre
    - Argumente
    - Rechtslage erklären
    - Beispiele
- Gesetzgeber
  - Sicherheitsaudits innerörtlich verpflichtend machen
  - Kennzeichnungsmöglichkeit für nicht-benutzungspflichtige Radwege schaffen
    - **neues Schild (eckig mit Fahrrad)**
  - Entscheider müssen verpflichtet werden, ihre Planungen turnusgemäß zu prüfen, und sofort zu korrigieren. Oft wollen Entscheider überkommene, 30 Jahre alte, Planungen zwanghaft umsetzen. Das gehört abgestellt, bzw. muss sanktioniert werden.
  - Motivationen für Radwegbenutzungspflicht abschaffen
    - Förderrichtlinien davon entkoppeln
    - sonstige Vorteile davon für Dritte (z.B. Winterdienst) beseitigen
- Bürger
  - Nordrhein-Westfalen
    - Sofort klagen (Einspruch gegen Verordnung ist nicht möglich)
    - Einspruch gegen die verordnete Benutzungspflicht nach §24 des GemeindeordnungsG NRW über den Bürgermeister / Stadtrat
  - **Massenklagen** mit kooperierenden Rechtsanwälten
  - Verfassungsgericht